

SWP-Aktuell

NR. 38 JULI 2018

Die Türkei nach den Wahlen: Alles wie gehabt und doch tiefgreifend anders

Günter Seufert

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat 2002 in der Türkei das Ruder übernommen. Seitdem war sie bei allen weiteren Urnengängen von vornherein als Sieger gesetzt. Doch vor dem letzten Wahltermin am 24. Juni 2018 glaubten Erdoğan's Konkurrenten erstmals, dass sie zumindest eine Chance hätten. Doch bei der Staatspräsidentenwahl war Erdoğan bereits in der ersten Runde erneut erfolgreich. In der gleichzeitig stattfindenden Wahl zum Parlament gewann das von ihm angeführte Parteienbündnis die absolute Mehrheit.

Trotzdem ist nicht einfach alles wie gehabt. Langfristig wird sich auswirken, dass die Opposition einen Achtungserfolg errungen hat und künftig mit viel mehr Selbstvertrauen auftreten wird. Kurzfristig jedoch erleben wir die Gründung einer neuen Republik, die darauf ausgerichtet ist, die Türkei vom Westen unabhängig zu machen. Erschwerend kommt hinzu, dass die AKP jetzt ihre Macht in Parlament und Bürokratie mit der extremen Rechten teilen muss. In der Innenpolitik ist daher eine neue Stufe der Polarisierung und Radikalisierung wahrscheinlich. In der Außenpolitik ist mit einer Verhärtung von Ankaras Positionen zu rechnen: der EU und der Nato gegenüber, auf Zypern sowie im Streit mit Griechenland in der Ägäis. Gleichzeitig jedoch wird die Türkei bemüht sein, einen vollständigen Bruch zu vermeiden. Sie braucht den Westen, um sich gegen ihn zu stärken.

Die 52,6 Prozent der Stimmen, mit denen Präsident Erdoğan im Amt bestätigt wurde, muten wie eine platte Wiederholung früherer Wahlen an. Im August 2014 war Erdoğan mit 51,8 Prozent erstmals zum Präsidenten gewählt worden, und im April 2017 hatten sich 51,4 Prozent für die Einführung eines Präsidialsystems ausgesprochen, das ganz auf seine Person zugeschnitten ist. Seine Wähler stehen nach wie vor unverbrüchlich zu Erdoğan. Sein stärkster

Herausforderer, Muharrem İnce von der Republikanischen Volkspartei (CHP), erhielt nur 30,6 Prozent.

Auch aus den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen ging das von Erdoğan angeführte Bündnis von AKP und der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) als klarer Sieger hervor. Mit 42,6 Prozent für die AKP und 11,1 Prozent für die MHP sicherte sich das Erdoğan'sche Wahlbündnis 53,7 Prozent der Stim-



men und damit die absolute Mehrheit im Parlament. Wenn die Verhältnisse so klar sind: Warum haben die Opposition, aber auch viele Beobachter dieses Mal ein anderes Ergebnis für möglich gehalten?

Krisenstimmung

Ein Grund dafür war sicher, dass sich die allgemeine Lage im Vergleich zu 2017 – und mehr noch zu 2014 – ungünstig entwickelt hat. Die Wirtschaft, einer der Trümpfe der AKP bei den Wählern, läuft nicht länger rund. In Umfragen vor der Wahl wurden regelmäßig wirtschaftliche und soziale Fragen als die dringendsten Probleme der Türkei genannt. Die Mehrheit erwartete, dass sich ihre wirtschaftliche Situation verschlechtern würde. Ein Anzeichen für eine solche Verschlechterung ist die hohe Inflation. Sie liegt für die Verbraucherpreise bei 15,4 und für die Erzeugerpreise bei 23,7 Prozent und hat sich schon vor der Wahl in Preiserhöhungen für Güter des alltäglichen Bedarfs niedergeschlagen. Eine nicht weniger deutliche Sprache spricht der Kursverlust der Türkischen Lira. Sie hat von Januar bis Mai 2018 dem Dollar gegenüber 20 Prozent ihres Wertes verloren. Seit 2016 beträgt der Wertverfall gar 50 Prozent. Trotz hoher Wachstumsraten in den letzten Jahren ist die Bevölkerung beunruhigt. Schließlich stagniert das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen seit 2013, seit 2016 ist es deutlich rückläufig.

Doch auch in anderen Bereichen kriselt es. In der Regierungspartei haben sich Filz und Korruption in einem Maße breitgemacht, dass der Parteivorsitzende höchstpersönlich eine ganze Reihe von Bürgermeistern seiner Partei zum Rücktritt zwang, darunter jene von Ankara und Istanbul. Die massiven Säuberungen in der Justiz, die nach dem Putschversuch vom Juli 2016 einsetzten, führten neben einer extremen Politisierung der Gerichtsbarkeit auch dazu, dass 60 Prozent der Bevölkerung keinerlei Vertrauen mehr in sie haben. Die häufigen Kurswechsel im Bildungssystem, seine insgesamt geringe Qualität, aber auch die ver-

stärkte Ausrichtung auf religiöse Inhalte weckten bei 80 Prozent der Eltern den Wunsch, ihre Kinder außerhalb der Türkei ausbilden zu lassen. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung lehnen die dauerhafte Präsenz syrischer Flüchtlinge in der Türkei ab – selbst unter den Anhängern der AKP äußert sich dazu die Hälfte negativ. Im Wahlkampf versuchte die Opposition daher auch, von dieser Haltung zu profitieren.

Beobachter verglichen vor der Wahl die Atmosphäre im Lande mit jener im Jahr 2002, als die neu gegründete AKP aufgrund verbreiteter Krisenstimmung im Lande auf Anhieb die Parlamentsmehrheit eroberte. Wie damals, so hieß es, herrsche auch heute ein tiefes Unwohlsein, das nicht nur einzelne Institutionen, sondern den Zustand des Staates und seiner Verwaltung insgesamt betreffe.

Parteien gegensätzlicher ethnisch-kultureller Milieus

Doch Annahmen, dass die allgemeine Unzufriedenheit und die Sorge um die eigene Zukunft Teile der AKP-Wählerschaft veranlassen würde, ins Lager der Opposition überzuwechseln, erwiesen sich als irrig. Die wesentlichste Ursache dafür ist im spezifischen Charakter der türkischen Parteien und in der Struktur des Parteiensystems zu suchen. Die heutige Parteienlandschaft hat sich seit der Wahl von 2002, bei der die AKP die Regierung übernahm, schrittweise herausgebildet. Sie ist geprägt von drei Faktoren, die sich gegenseitig verstärken.

Erstens herrschen zwischen den Parteien relativ stabile Größenverhältnisse, und zwar nach der Relation 4 zu 2 zu 1. Die AKP ist stets unangefochten stärkste Kraft. Mit klarem Abstand folgt die CHP, die in der Regel halb so viele Stimmen bekommt wie die AKP, und darauf die MHP mit wiederum circa der Hälfte der Stimmen der CHP. Die pro-kurdische Partei der Demokratie der Völker (HDP) hat sich erst in den letzten Jahren dauerhaft etabliert.

Zweitens sind die Wähler von drei der genannten Parteien relativ klar abgegrenz-

ten Milieus zuzuordnen, die sich nicht nur nach ethno-kulturellen Zugehörigkeiten unterscheiden lassen, sondern auch nach divergierenden Lebensstilen sowie schichten-spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Lagen. Die AKP stützt sich primär auf eine türkisch-national empfindende und ausgeprägt religiöse Wählerschaft mit konservativer Sittlichkeit und traditionellem Lebensstil, die eher den unteren Einkommens- und Bildungsschichten zuzurechnen ist. Die CHP dagegen vertritt die türkisch-säkularen Schichten höheren Bildungsgrades mit einem europäischen Lebensstil und durchschnittlich deutlich höheren Einkommen. Ob im Hinblick auf Schicht oder Bildung, Modernität oder Konservatismus: Die MHP steht zwischen den beiden größeren Parteien. Charakteristisch für sie ist ein stark ethnisch gefärbter türkischer Nationalismus, der sich in erster Linie als bedingungslose Identifikation mit dem Staat und als starke Ablehnung kurdischer Identität äußert. Die HDP gibt sich als linke Alternative, wird jedoch generell als die Partei der kurdischen Bewegung wahrgenommen. Mehr noch als bei den anderen Parteien ist die ethnisch-nationale Komponente für die Zugehörigkeit ihrer Anhängerschaft bestimmend.

Drittens verfügen drei der genannten Parteien über geographische Stammregionen. Das sind Gebiete, in denen das sie jeweils tragende Milieu bestimmend ist. Ungeachtet dessen, dass die AKP in allen Landesteilen stark vertreten ist, umfasst ihr Stammgebiet Zentralanatolien und die Schwarzmeerküste. Die CHP hat an den Küsten der Ägäis und in zweiter Linie in Thrazien und am Mittelmeer großen Rückhalt. Die HDP bekommt 90 Prozent ihrer Stimmen in den primär kurdisch besiedelten Regionen. Die klare Aufteilung kommt nicht von ungefähr, denn die Regionen unterscheiden sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die CHP reüssiert in den ökonomisch am stärksten entwickelten Regionen, die keine oder nur wenig staatliche Förderung benötigen. Die AKP vertritt die immer noch eher provinziell geprägten Gebiete, die auf staatliche Infrastrukturleistungen

und Investitionen angewiesen sind. Die HDP ist in den kurdischen besiedelten Gebieten zuhause, die als Schauplatz der mittlerweile nahezu 35 Jahre anhaltenden Scharmützel der türkischen Sicherheitskräfte mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in ihrer Entwicklung besonders weit zurückgeworfen sind.

Identitätspolitik, Polarisierung, nur geringe Wählerwanderung

Die türkische Parteienlandschaft ist konsolidiert, doch rührt ihre Stabilität primär daher, dass konkurrierende Identitäten und Lebensstile gegeneinander in Stellung gebracht worden sind – auf Kosten eines gesellschaftlichen Konsenses. Tatsächlich spiegelt die Parteienlandschaft die beiden großen kulturellen Brüche in der Gesellschaft wider: den zwischen modern-säkularer und religiös-konservativer Lebensweise sowie den zwischen einem stark ethnisch-türkisch geprägten Staats- sowie Nationsverständnis und dem Selbstverständnis der kurdischen Minderheit, die Anerkennung und mehr Selbstverwaltung fordert.

Wahlergebnisse in der Türkei bilden deshalb nicht primär Verteilungskonflikte ab, sondern erinnern – wie es der türkische Soziologe Yılmaz Esmer treffend ausdrückt – an die statistische Abfrage von Identitäten. Parteien werden erst in zweiter Linie wegen ihrer konkreten Leistungen gewählt, in erster Linie bestimmt die eigene Zugehörigkeit – die scharf gegen »Andere« abgegrenzt wird – das Wahlverhalten. Als ein Indiz dafür, wie wenig die Entscheidungen türkischer Wähler vom Nutzen der Politik für sie selbst bestimmt sind, mag folgende Tatsache dienen: In den europäischen Ländern, die türkische Arbeitsmigranten aufgenommen haben, stimmten weit über 60 Prozent für Erdoğan und seine AKP; dagegen votierten in den USA, wo sich die türkische Migration aus Akademikern und anderen Angehörigen der Mittelschicht zusammensetzt, weniger als 20 Prozent für die AKP. Dieses Setting der Parteienlandschaft reproduziert sich stets aufs Neue,

Wählerwanderungen größeren Stils sind dabei wenig wahrscheinlich.

Hoffnungen und Strategie der Opposition

Mit ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen von 2002 ist es der AKP gelungen, sich als Partei der rechten Mitte zu etablieren. Die CHP dagegen kam seit diesem Datum bei Wahlen zur Nationalversammlung nicht mehr über 26 Prozent der Stimmen hinaus. Vor diesem Hintergrund beschloss die CHP-Führung, mit zwei rechten Parteien ein Wahlbündnis einzugehen. Als Partner bot sich zum einen die sogenannte »Gute Partei« (IyiP) an, eine Abspaltung der MHP, die sich aus Protest gegen die Unterstützung der Partei für Erdoğan und dessen Präsidentsystem gebildet hat. Dritter im Bunde wurde die islamistische »Glückseligkeitspartei« (SP) die sich ebenfalls gegen die Konzentration der Macht in einer Person wandte. Die IyiP sollte der MHP Stimmen rauben und der AKP stark national gesinnte Wähler abspenstig machen. Die SP sollte betont frommen Wählern der AKP eine Alternative bieten. Die pro-kurdische HDP blieb außen vor. Ihre Aufnahme ins Wahlbündnis hätte türkische Wähler abgeschreckt. Doch wollten alle Oppositionsparteien die HDP im Parlament vertreten sehen. Denn nur so gab es eine Chance, die absolute Mehrheit der Regierungspartei im Parlament zu brechen.

Die Strategie der CHP bestand also darin, die Polarisierung zwischen betont säkularen Kreisen (in der Türkei: die »Linke«) und religiös-konservativen Kreisen (in der Türkei: die »Rechte«) zu überwinden und auf diese Weise Wähler von AKP und MHP zur Abwanderung zu bewegen. Die kurdische Frage wurde weitgehend unter den Teppich gekehrt, um das Wahlbündnis nicht zu gefährden und der Regierungspartei keinen Angriffspunkt zu bieten.

Was bedeutet das Ergebnis für die Opposition?

Die Rechnung ging nur teilweise auf. Zwar kam es zu deutlichen Wählerwanderungen, jedoch nicht zu einer Schwächung des Regierungsblocks. Hatte die AKP bei der letzten Parlamentswahl vom 1. November 2015 noch 49,5 Prozent der Stimmen gewonnen, rutschte sie nun auf 42,6 ab, verlor also satte sieben Prozent. Die von ihr enttäuschten Wähler wanderten jedoch nicht zur Opposition, sondern zur MHP, votierten bei der Staatspräsidentenwahl aber trotzdem für Erdoğan. Der Unmut über düstere Zukunftsaussichten und verbreitete Korruption äußerte sich nicht in Kritik an der Führung, er förderte vielmehr die Bereitschaft zur Radikalisierung.

Trotz des Zulaufs wuchs der Stimmanteil der MHP nicht. Mit 11,1 Prozent erhielt sie sogar etwas weniger Punkte als 2015, wo sie 11,9 Prozent erzielt hatte. Der Grund dafür ist, dass fast drei Viertel ihrer bisherigen Wähler aus Protest gegen die Unterstützung der MHP für Erdoğan und das Präsidentsystem ihre Stimme der IyiP gaben. Während die Wählerwanderung von AKP zur MHP primär in stark traditionellen Provinzen erfolgte, fand der Wechsel der Wähler von der MHP zur IyiP in eher modernen Provinzen der Ägäis statt. Als Folge dieses »Austauschs« ihrer Stimmen verfügt die MHP jetzt über eine viel tiefer religiös bestimmte Wählerbasis.

Die CHP musste sich mit 22,7 Prozent zufriedengeben, 2,6 Punkte weniger als bei der letzten Parlamentswahl. Stark nationalistische CHP-Wähler stimmten für die IyiP, eher liberale Kreise für die HDP, um sicherzustellen, dass diese das 10-Prozent-Quorum erreicht. Es waren diese Leihstimmen, die es der HDP ermöglichten, ihr Wahlergebnis mit 11,7 Prozent der Stimmen landesweit um einen Punkt zu verbessern. Denn in den primär kurdisch besiedelten Gebieten verlor die Partei deutlich. Dieser Rückgang der HDP-Stimmen in ihrem Stammgebiet kann sowohl Folge von Wahlbehinderung und Wahlfälschung sein, möglicherweise aber auch Ausdruck des

Protests von Teilen ihrer Anhänger gegen die militante Politik der PKK.

Dass die Opposition trotz dieses letztlich für sie unbefriedigenden Ergebnisses nicht alle Hoffnung fahren lässt, liegt an zwei Dingen. Zum einen an der Tatsache, dass das Wahlbündnis der Oppositionsparteien überhaupt zustande kommen konnte und sich die kulturelle Polarisierung der türkischen Politik – an einer politischen Frage: der Ablehnung des Präsidialsystems – zumindest teilweise überwinden ließ. Die Notwendigkeit, diesen Weg weiter zu gehen, wird nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Hoffnung nährt zum zweiten auch der Teilerfolg von Erdoğan's stärkstem Herausforderer. Während die CHP in den Parlamentswahlen nur 22,7 Prozent erreichte, konnte ihr Kandidat für das Staatspräsidentenamt, Muharrem İnce, 30,6 Prozent der Stimmen verbuchen. İnce hatte bewusst auf die Überwindung der Spannung zwischen Säkularen und Frommen gesetzt, sich selbst als gläubig dargestellt und den Frommen unablässig versichert, dass sie unter seiner Präsidentschaft Staatsbürger erster Klasse bleiben würden. Prinzipiell und mittelfristig scheint sich die Polarisierung überwinden zu lassen.

Die Tage nach der Wahl

Die ersten Tage nach der Wahl vermittelten freilich den genau entgegengesetzten Eindruck. Es scheint, als hätte insbesondere das Regierungslager an einer Überwindung der Polarisierung kein wirkliches Interesse. So vermied es Staatspräsident Erdoğan in seiner traditionellen Ansprache auf dem Balkon der AKP-Zentrale in Ankara, der Opposition gegenüber einen versöhnlichen Ton anzuschlagen. Er setzte stattdessen seinen Sieg mit dem erfolgreichen Widerstand des türkischen Volkes gegen Terrororganisationen und widrige globale Kräfte gleich und schloss die Opposition damit einmal mehr von der Nation aus. In Istanbul und in der Provinz Urfa strömten Anhänger der Regierungspartei in großer Zahl mit Pistolen und halbautomatischen

Gewehren auf Straßen und Plätze. Für rund eine halbe Stunde feuerten sie mit scharfer Munition in die Luft, ohne dass die Sicherheitskräfte einschritten.

Der Vorsitzende der MHP, Devlet Bahçeli, schaltete eine Zeitungsanzeige, in der er siebzig namentlich genannte Journalisten, Akademiker, aber auch Inhaber von Meinungsforschungsinstituten beschuldigte, seine Partei planmäßig verleumdet und sich damit gegen das türkische Volk gestellt zu haben. Als Antwort auf einen Terroranschlag in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten ließ sich Innenminister Süleyman Soylu dazu hinreißen, der Co-Vorsitzenden der HDP das Recht auf Leben abzusprechen. Soylu beschuldigte außerdem die CHP, die HDP ins Parlament gebracht zu haben. Er gab deshalb Order, CHP-Funktionäre künftig von den Trauerfeierlichkeiten für gefallene Soldaten auszuschließen.

Die regierungsnahe Presse schloss sich dem Tenor dieser Vorstöße umgehend an. In einem Artikel ihres Flaggschiffs, der Boulevardzeitung Star, wurde die Forderung gestellt, die CHP künftig exakt so zu behandeln wie die pro-kurdische HDP, sie in anderen Worten umstandslos mit der PKK gleichzusetzen. Und ein regierungsnaher Fernsehsender bot dem Führer eines marginalen islamischen Ordens die Bühne dafür, Kemalisten – Anhängern des Staatsgründers Mustafa Kemal (Atatürk) – zu drohen. In der Türkei könnten entweder nur Muslime oder nur Kemalisten leben. Eine der beiden Gruppen sei für das Land zu viel.

Die Vorstöße der MHP

Ob – und, wenn ja, wie lange – diese Politik prinzipieller Konfrontation anhält, wird wesentlich davon abhängen, wie sich der Einfluss der MHP auf die Regierungspolitik gestaltet. Im Parlament ist die MHP das Zünglein an der Waage. Die AKP braucht die 49 MHP-Abgeordneten, um zusammen mit den eigenen 295 Abgeordneten die absolute Mehrheit im künftig

600-köpfigen Parlament zu erreichen. Bereits am ersten Tag nach der Wahl erklärte ein Stellvertreter von MHP-Parteichef Bahçeli seine Partei zur eigentlichen Siegerin. Die MHP habe Erdoğan's Erfolg ermöglicht und damit das Vaterland und auch den Staat gerettet. Sie werde künftig die Politik des Parlaments gestalten und ihren Forderungen Nachdruck verleihen: Einführung der Todesstrafe und Beibehaltung des Ausnahmezustandes bis zur kompletten Säuberung der Bürokratie von Gülenisten und bis zur Eroberung der PKK-Stellungen im irakischen Kandil-Gebirge. Tatsächlich wird es – solange Erdoğan sich auf die MHP-Stimmen im Parlament angewiesen fühlt – keine neue Initiative für eine Verhandlungslösung der Kurdenfrage geben.

Auch die Beziehungen der EU mit der Türkei werden sich weiter verkomplizieren. Anders als die AKP hat die MHP keinerlei positive Erfahrungen mit der EU und ist bis ins Mark europaskeptisch eingestellt. Ihr Vorsitzender trommelte im Wahlkampf für den einseitigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Mit der MHP als Partner der Regierung erübrigen sich auch weitere Verhandlungen auf Zypern. Zentrale Forderungen der Zyperngriechen für eine Verhandlungslösung sind für die MHP tabu. Das gilt etwa für die Aufhebung oder zumindest Einschränkung der Rolle der Türkei als Garantiemacht, den Abzug oder die Verkleinerung der türkischen Militärpräsenz auf der Insel und die Übereignung eines Teils des Territoriums der Türkischen Republik Nordzypern an die de facto griechische Republik Zypern.

Innerhalb der AKP nimmt man die Abhängigkeit von der MHP nicht auf die leichte Schulter. Zumal die MHP auch vor einer Konfrontation mit der AKP nicht zurückscheut. Das zeigt sich daran, dass sich unter den siebzig Personen, die MHP-Chef Bahçeli öffentlich als Gegner seiner Partei und als Volksfeinde angeprangert hat, auch AKP-nahe Journalisten befinden. Die MHP wird sich die Unterstützung Erdoğan's während der Wahl mit der Besetzung zentraler Positionen in der Bürokratie honorieren lassen. Innerhalb der AKP befürchtet

man, dass sie auf diese Weise ihren ohnehin schon erheblichen Einfluss im Staatsapparat noch verstärkt. Unbehagen bereitet der AKP ferner die nicht geringe Wahrscheinlichkeit, dass die MHP einige der 43 Abgeordneten der letzten Endes geistesverwandten İYİP auf ihre Seite ziehen und so ihr Gewicht im Parlament vergrößern könnte. Zwei Abgeordnete der İYİP haben nach ihrer Vereidigung im Parlament bereits die Hand des MHP-Vorsitzenden geküsst.

Um ihre zentrale Rolle als Mehrheitsbeschaffer besser spielen zu können, drängt die MHP darauf, im Parlament eine eigene »Balance- und Kontrollkommission« einzurichten. Damit kommt für die Partei ein äußerst erfolgreich verlaufenes Projekt zum Abschluss. Denn es war die MHP, die bereits 1977 – als erste türkische Partei – die Einführung eines autoritären Präsidialsystems gefordert hatte. Und es war die MHP, mit deren Hilfe es Erdoğan's AKP 2017 gelungen ist, das Referendum über die Einführung eines solchen Systems zu gewinnen. Jetzt arbeitet die MHP darauf hin – durch die punktuelle Stärkung des Parlaments –, dieses System in ihrem Sinn zu nutzen.

Eine neue Republik

Doch selbst wenn es Erdoğan und seiner Partei gelingen sollte, den Einfluss der MHP begrenzt zu halten und weitere Radikalisierung zu vermeiden: Regierung und Opposition sind sich darin einig, dass die Türkei mit der Wahl vom 24. Juni ein anderer Staat geworden ist. Im Lager der Opposition wird entweder der Verlust der Republik beklagt oder der Einstieg in eine »Zweite Republik« vermerkt, in der nicht nur die Gewaltenteilung abgeschafft, sondern jegliche gegenseitige Kontrolle staatlicher Institutionen aufgehoben ist.

Die regierungsnahe Presse jubiliert. Hier ist von einem historischen Neuanfang die Rede, von der Hinwendung der Türkei zu den aufsteigenden Mächten Asiens, von der kritischen Überprüfung der Beziehungen zu den USA und zur EU und von der Rolle

der Türkei als geistig-moralische Vorreiterin für ihre Region. Im radikaleren Spektrum dieser Presse, das eher die Jugend ansprechen soll, heißt es gar, Erdoğan sei der neue Führer der islamischen Welt, seine Verteidigung sowie der Übergang zum neuen System markierten den Eintritt in eine tausend Jahre währende Periode, in der die Welt neu und gerechter geordnet werde.

Das offizielle Ankara steht dem nur wenig nach. Die Amtseinführung Erdoğan's erinnert mehr an die Inthronisation eines Monarchen als an den Antritt eines neu- oder wiedergewählten Regierungschefs. Anklänge an das Osmanische Reich sind nicht zu übersehen. Die osmanische Militärkapelle spielte auf, an vier verschiedenen Orten wurden je 101 Kanonenschüsse abgefeuert, Militäreinheiten traten auch in historischen Uniformen an. Die offizielle Presseagentur unterstrich besonders die Teilnahme von Staats- und Regierungschefs aus dem Balkan, dem Nahen Osten und dem Kaukasus, einst für das Osmanische Reich zentrale Territorien.

Abkehr vom Westen – mit Hilfe des Westens

Dem großen Ziel stehen jedoch nur limitierte Potentiale gegenüber. Mehr noch: Die Abwendung vom Westen und speziell von Europa bringt die grundlegenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fundamente des Landes ins Wanken – Strukturen, die sich in 95 Jahren türkischer Republik herausgebildet haben. Die neue Republik wird deshalb versuchen, durch begrenzte Zusammenarbeit mit dem Westen von ihm zu profitieren und sich gleichzeitig gegen westliche Erwartungen und Interessen zu positionieren, gewissermaßen eine Strategie produktiver Ambiguität verfolgen.

Das am besten geeignete Anwendungsfeld für diese Strategie ist die Wirtschaft. Die EU ist nicht nur Hauptziel der türkischen Exporte (44,5 Prozent) und primäre Herkunftsregion der türkischen Importe (38,0 Prozent). Die Union ist auch der wich-

tigste Finanzier der türkischen Industrie. Zwischen 2003 und 2017 kamen über zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen aus der EU. Im April 2018 stammten weit über die Hälfte der ausländischen Kredite für die türkische Privatwirtschaft ebenfalls aus der EU, und im ersten Viertel 2018 hielten Investoren aus Europa nahezu zwei Drittel der Schuldverschreibungen des türkischen Staates. Der dramatische Kursverlust der Lira ließ die Auslandsschulden der privaten Wirtschaft explodieren. Erdoğan's religiös geprägte und wiederholt geäußerte Ansicht, der Zins sei die Ursache allen wirtschaftlichen Übels, hat die Flucht aus der Lira nur befeuert.

Des drängenden Kapitalbedarfs wegen bemüht sich die neue Regierung, westliche Anleger davon zu überzeugen, dass sie künftig eine vorhersehbare Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben wird. So soll die Unabhängigkeit der Zentralbank wieder geachtet werden, Haushaltsdisziplin erneut Priorität genießen, wirtschaftliche Entscheidungen in transparenter Form gefällt und parteipolitisch motivierte Eingriffe in die Finanzpolitik vermieden werden. Tatsächlich aber wird die Kompetenz des Staatspräsidenten erweitert, Kontrolle über die Zentralbank auszuüben, was genau in die entgegengesetzte Richtung weist. Zum neuen Finanzminister wird Berat Albayrak ernannt, ein Schwiegersohn des Staatspräsidenten. Auf diese Weise wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik ein Stück weit zur Familienangelegenheit gemacht.

Die Doppelstrategie aus Bekenntnis zur Zusammenarbeit bei gleichzeitiger struktureller Distanzierung gilt auch für die Nato. Vor dem Gipfeltreffen des Bündnisses in Brüssel verwahrte sich der alte und neue Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu gegen jede Rede davon, dass die Türkei sich von der Nato entfernen würde. Auf dem Gipfel bot Erdoğan der Nato an, ihr für das neue Landkommando das Istanbul Hauptquartier der türkischen Armee zur Verfügung zu stellen. Die Türkei sei außerdem bereit, von 2021 an das Kommando der Nato-Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft (VJTF) zu übernehmen. Doch

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuelle werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

SWP-Aktuell 38
Juli 2018

gleichzeitig bekräftigte Çavuşoğlu, die Türkei halte daran fest, das russische S-400-Raketenabwehr-System zu erwerben – ein Vorhaben, das dem zuvor genannten Verdacht einer Entfernung von der Nato die stärkste Nahrung gibt. Dass Çavuşoğlu die Rolle der Nato ausschließlich im Kampf gegen den Terrorismus sieht und ihren Konflikt mit Russland verschweigt, vervollständigt das Bild.

Auch im Verhältnis zur Europäischen Union findet sich dieses Muster wieder. Von großer Bedeutung sind hier die Innenpolitik und die Einhaltung demokratischer Mindeststandards. Die neue Regierung wird den Notstand, der nach nunmehr zwei Jahren am 18. Juli 2018 endete, nicht mehr verlängern und kommt damit Forderungen der Europäischen Union und des Europarats nach. Doch werden zentrale Regelungen des Ausnahmezustand-Regimes in ordentliche Gesetze überführt und damit dauerhaft gemacht. Dies betrifft insbesondere die Ermächtigung der Gouverneure, Ausgangssperren zu verhängen, Demonstrationen und Kundgebungen zu verbieten, Vereine zu schließen sowie Personen und private Kommunikation intensiver zu überwachen.

In der Frage des Beitritts zur Europäischen Union könnte diese Doppelstrategie aus Kooperation und Distanzierung sogar der Schlüssel für eine neue Normalität in den Beziehungen sein. Jedenfalls hält die Türkei an ihrem Ziel fest, die Zollunion mit der EU zu erweitern und zu vertiefen. Doch findet sich im neuen Kabinett kein Minister für Europafragen mehr. Das EU-Ministerium wird als eigenständige Behörde aufgelöst – ein Zeichen dafür, dass die lang gepflegte Rhetorik vom Beitritt nun endgültig aufgegeben wird.

Ob der Traum von der Türkei als islamisch geprägte eigenständige Regionalmacht im Nahen Osten wahr wird – und, wenn ja, wie schnell –, hängt von vielen Faktoren ab. Innenpolitisch wird sich zeigen, was die faktische Ausgrenzung von rund vierzig Prozent der Bevölkerung von

den politischen Entscheidungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Die geringe Beteiligung nahöstlicher Staats- und Regierungschefs an der Amtseinführung von Erdoğan zeigt, dass dort – außer vielleicht in Katar und in Irakisch-Kurdistan – niemand auf einen neuen großen Bruder wartet.

Die politischen und wirtschaftlichen Akteure der westlichen Staaten, die Erdoğan immer wieder als gegen die Türkei geeinte Front darstellt, haben der Türkei gegenüber vielfältige und oft einander widerstreitende Interessen. Die Nato scheint sich auf die türkische Strategie einzulassen. Zu groß ist die Befürchtung, die Türkei könne das Bündnis sonst verlassen.

Die internationalen Finanzmärkte reagierten dagegen skeptisch. Nachdem Erdoğan's Schwiegersohns zum Finanzminister ernannt worden war, fiel der Wert der Lira erneut um sechs Prozent gegenüber dem des Dollar. Bloomberg kam zu dem Schluss, die wirtschaftlichen Sicherheitssysteme seien vollkommen ausgehebelt und die Türkei kein Land mehr für Investitionen. Die Rating-Agentur Fitch stuft die Kreditwürdigkeit der neuen Republik weiter herab.

Die Europäische Union wird ihre Politik der Türkei gegenüber neu kalibrieren müssen. Mit einem Nein oder Ja zur Weiterführung der Beitrittsverhandlungen oder zum Einstieg in Gespräche über eine Vertiefung der Zollunion ist es nicht mehr getan. Konkrete Zugeständnisse sind an konkrete Erwartungen zu binden. Kurzatmige, emotionale Reaktionen sollten mittelfristigen und langfristigen Überlegungen weichen.

Dr. Günter Seufert ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa.